

**No. 33750**

---

**AUSTRIA  
and  
BELARUS**

**Agreement on bilateral trade and economic relations. Signed  
at Vienna on 2 October 1992**

*Authentic texts: German and Belarussian.*

*Registered by Austria on 28 April 1997.*

---

**AUTRICHE  
et  
BÉLARUS**

**Accord relatif aux relations commerciales et économiques  
bilatérales. Signé à Vienne le 2 octobre 1992**

*Textes authentiques : allemand et bélarusse.*

*Enregistré par l'Autriche le 28 avril 1997.*

## [GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER  
REPUBLIK BELARUS ÜBER DIE BILATERALEN HANDELS-  
UND WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

- Die Republik Österreich und die Republik Belarus, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind
- vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zu verstärken,
  - im Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
  - in der Überzeugung, daß das vorliegende Abkommen über die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen schafft,
  - ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
  - im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,

wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten erleichtern und fördern.

**Artikel 2**

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit fördern.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein,

- a) daß insbesondere in folgenden Bereichen gute Kooperationsmöglichkeiten gegeben sind:
- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen in den Bereichen Produktion, Handel und Dienstleistungen,
  - Förderung von Technologietransfer und Know-how-Ausbau einschließlich angewandter Forschung,
  - Land- und Forstwirtschaft, Lebensmittelindustrie, Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte,
  - Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen einschließlich Rüstungskonversion,
  - Metallurgie und metallverarbeitende Industrie,
  - pharmazeutische, medizinische und chemische Industrie einschließlich Pflanzenschutz,
  - Produktion von Baumaterialien,
  - weltweite Vermarktung von Produkten einschließlich Zusammenarbeit auf Drittmärkten,
  - finanzielle und industrielle Dienstleistungen,
  - Energie und gemeinsame Aufsuchung, Gewinnung, Verarbeitung und Vermarktung von Erdöl auch in Drittstaaten,
  - Berufsausbildung und Managementschulung,
  - Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren, Austausch von Wirtschaftsdelegationen und Experten;
- b) daß Projekte grundsätzlich nach den höchsten jeweils verfügbaren Standards der Umwelttechnologie verwirklicht werden sollen.

### Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien behandeln einander nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen beziehen, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewährt wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs.
- b) Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird.
- c) Mitgliedstaaten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten oder den Staaten der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.
- d) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abkommen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

### Artikel 4

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen, Rom 1963, und der „Tourismus-Charta und Touristen-Code“, Sofia 1985, werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

(2) Die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes und des qualitativen Tourismus erfolgen.

### Artikel 5

Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologisch sicherer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen:

- Eisenbahn.
- Schifffahrt.
- Luftfahrt.
- Telekommunikation.
- Straßenbau.
- Wasserwirtschaft.

### Artikel 6

Der Zahlungsverkehr erfolgt in Übereinstimmung mit den Devisenvorschriften, die in jedem der beiden Staaten jeweils in Kraft stehen, in frei konvertierbarer Währung.

### Artikel 7

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle, technische und technisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird auf kommerzieller Grundlage durchgeführt.

(2) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen, sofern die Unternehmen nichts anderes vereinbaren.

(3) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften können die Unternehmen beider Vertragsparteien zur Erhöhung des Warenaustausches und zur Erweiterung der Warenvielfalt in jeder beliebigen Form, wie beispielsweise Barter- und Countertrading, Handel entsprechend den internationalen Handelsgebräuchen treiben.

### Artikel 8

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen den Vertragsparteien in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder unter solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultation beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

### Artikel 9

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen an.

### Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften

- fördern die Vertragsparteien die Regelung von Streitfragen zwischen Unternehmen im Zusammenhang mit Handels- und Kooperationsvorschriften sowie bei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen der Vertragsparteien durch Schiedsgerichte.
- fördern die Vertragsparteien die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) ausgearbeiteten Schiedsregeln und die Einschaltung eines Schiedsgerichts eines Unterzeichnerstaates des 1958 in New York geschlossenen Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

### Artikel 11

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Ablauf oder einer teilweisen oder gänzlichen Änderung des vorliegenden Abkommens unberührt.

### Artikel 12

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird eine Gemischte Kommission errichtet, welche auf Wunsch einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd in Österreich und Belarus zusammentreten wird.

(2) Zu den Aufgaben dieser Gemischten Kommission gehören insbesondere:

- Prüfung der Entwicklung der bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen.
- Erschließung neuer Möglichkeiten sowie Förderung der zukünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit.
- Erstellung von Vorschlägen zur Verbesserung der Bedingungen der wirtschaftlichen, industriellen, technischen und technisch-wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Staaten.

**Artikel 13**

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnehmer einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitritts zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer dieser nachfolgenden Organisationen sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommens feststellen.

**Artikel 14**

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer von einem Jahr abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(2) Das vorliegende Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

Geschehen zu Wien, am 2. Oktober 1992, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und belarussischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik  
Österreich:

WOLFGANG SCHÜSSEL

Für die Republik  
Belarus:

WJATSCHESLAW FRANZEWITSCH KEBITSCH

---

[BELARUSSIAN TEXT — TEXTE BÉLARUSSE]

ПАГАДНЕННЕ ПАМІЖ РЭСПУБЛІКАЙ АЎСТРЫЯ І РЭСПУБЛІКАЙ БЕЛАРУСЬ АБ ДВУХБАКОВЫХ ГАНДЛЕВЫХ І ЭКАНАМІЧНЫХ СУВЯЗЯХ

Рэспубліка Аўстрыя і Рэспубліка Беларусь, якія называюцца ў далейшым "Дагаворныя Бакі",

кіруючыся жаданнем умацоўваць існуючыя двухбаковыя знешне-эканамічныя сувязі;

імякнучыся садзейнічаць развіццю тавараабароту, эканамічнаму, прамысловому, тэхнічнаму і навукова-тэхнічнаму супрацоўніцтву на аснове роўнасці і ўзаемнай выгады;

будучы перакананымі, што гэта Пагадненне аб двухбаковых гандлёвых і эканамічных сувязях створыць спрыяльныя прадпасылкі і трывалую аснову для далейшага развіцця двухбаковых знешне-эканамічных сувязей;

зыходзячы з прынцыпаў рыначнай эканомікі;

у рамках заканадаўства, якое дзейнічае ў абедзвюх дзяржавах,

дамовіліся аб ніжэйпададзеным:

Артыкул I

Дагаворныя Бакі абавязуюцца ў рамках дзеючага ў абедзвюх дзяржавах заканадаўства садзейнічаць развіццю двухбаковых гандлёвых і эканамічных сувязей паміж прадпрыемствамі, арганізацыямі, таварыствамі і ўстановамі, якія называюцца ў далейшым "Суб'ектамі".

## Артыкул 2

Дагаворныя Бакі, зыходзячы са сваіх магчымасцей і ў адпаведнасці з заканадаўствам, якое дзейнічае ў кожнай з дзяржаў, будуць садзейнічаць эканамічнаму, прамысловому, тэхнічнаму і навукова-тэхнічнаму супрацоўніцтву.

Дагаворныя Бакі пагадняюцца, што:

а) асаблівыя магчымасці кааперацыі маюцца ў наступных галінах:

стварэнне сумесных прадпрыемстваў і прамыя інвестыцыі ў прамысловасць, гандаль і паслугі;

спрыянне перадачы тэхналогій, "ноў-хаў", уключаючы прыкладныя даследаванні;

сельская і лясная гаспадарка, перапрацоўка сельскагаспадарчай прадукцыі і харчовай прамысловасці;

рэканструкцыя, мадэрнізацыя, расшырэнне і аўтаматызацыя існуючых прамысловых вытворчасцей, уключаючы канверсію прадпрыемстваў абароннай прамысловасці;

металургічная і металаапрацоўчая прамысловасць;

фармацэўтычная, медыцынская і хімічная прамысловасці, уключаючы ахову раслін;

вытворчасць будаўнічых матэрыялаў;

маркетынг, уключаючы супрацоўніцтва з трэцімі краінамі;

фінансавыя і прамысловыя паслугі;

энергетыка, сумесныя пошук, здабыча, перапрацоўка і маркетынг нафты, у тым ліку і ў трэціх краінах;

прафесійная падрыхтоўка і падрыхтоўка кіруючых кадраў;

арганізацыі і правядзенне кірмашоў, выстаў і семінараў,

абмен гандлёва-эканамічнымі дэлегацыямі і экспертамі;

б) праекты рэалізоўваюцца ў адпаведнасці з найвышэйшымі існуючымі ў вышэйназваных галінах экалагічнымі патрабаваннямі да тэхналогій.

## Артыкул 3

I. Дагаворныя Бакі дамовіліся аб прынцыпе найбольшага спрыяння ў адносінах да мытных пошлін і іншых збораў, а таксама споса-

бах спажання такіх мытных пошлін і іншых збораў пры вывазе і ўвозе тавараў.

2. Дагаворныя Бакі пагадніліся ў тым, што прынцып, прадугледжаны ў п.І гэтага артыкула не распаўсюджваецца, у прыватнасці, на льготы і прывілеі, якія адзін з Дагаворных Бакоў прадастаўляе ці прадаставіць у будучым:

а) суседнім дзяржавам у мэтах палягчэння прыгранічнага гандлю;

б) дзяржавам, якія разам з ёй уваходзяць у мытны саюз ці зону свабоднага ці прэферэнцыйнага гандлю, якія ўжо існуюць ці будуць створаны ў будучым;

в) дзяржавам -- членам Садружнасці Незалежных Дзяржаў або дзяржавам, якія раней уваходзілі ў Саюз Савецкіх Сацыялістычных Рэспублік;

г) трэцім краінам у рамках шматбаковых дамоўленасцей, у якіх не ўдзельнічае другі Дагаворны Бок.

#### Артыкул 4

Дагаворныя Бакі пагадняюцца ў тым, што турызм можа ўнесці ўклад у паглыбленне двухбаковых знешнеэканамічных сувязей.

1. Дагаворныя Бакі будуць садзейнічаць развіццю турызму ў рамках дзеючага ў кожнай дзяржаве заканадаўства і на аснове рэкамендацый Канферэнцыі Арганізацыі Аб'яднаных Нацый па міжнароднаму турызму і міжнародным вандраванням (Рым, 1963г.), а таксама "Хартыі турызму і кодэкса турыста" (Сафія, 1985г.).

2. Эканамічнае, прамысловае, тэхнічнае і навукова-тэхнічнае супрацоўніцтва ў рэалізацыі турыцкіх праектаў, а таксама ў развіцці адпаведнай інфраструктуры амыццяўляецца на прынцыпах аховы навакольнага асяроддзя і арганізацыі турызму на якасным узроўні.

#### Артыкул 5

Зыходзячы з неабходнасці стварэння эканамічна выгадных і экалагічна бяспечных сістэм інфраструктуры, Дагаворныя Бакі дамовіліся звяртаць асаблівую ўвагу кааперацыі ў наступных галінах:

чыгуначны транспарт;



суднаходнасць;  
паветраная сувязь;  
тэлекамунікацыі;  
гарадскі транспарт;  
водная гаспадарка.

#### Артыкул 6

Разлікі і плацяжы ажыццяўляюцца ў адпаведнасці з дзеючым у кожнай з дзяржаў фінансавым заканадаўствам у свабодна канверсаванай валюце.

#### Артыкул 7

1. Тавараабмен, а таксама эканамічнае, прамысловае, тэхнічнае і навукова-тэхнічнае супрацоўніцтва ў рамках сапраўднага Пагаднення ажыццяўляецца на камерцыйнай аснове.

2. Гандаль паміж Суб'ектамі абедзвюх дзяржаў ажыццяўляецца на аснове рыначных цэн, калі Суб'екты не дамовіліся аб іншым.

3. З мэтай павелічэння тавараабароту і пашырэння яго наменклатуры Суб'екты Дагаворных Бакоў у рамках дзеючага ў краінах Дагаворных Бакоў заканадаўства могуць ажыццяўляць гандаль у любых формах, прынятых у міжнароднай гандлёвай практыцы, уключаючы бартарныя і сустрэчныя аперацыі.

#### Артыкул 8

1. Дагаворныя Бакі распачнуць кансультацыі, як толькі ва ўзаемным гандлі будзе назірацца ўвоз якога-небудзь тавара ў такой колькасці ці па такіх цэнах, ці на такіх умовах, якія наносзяць ці пагнажаюць нанесці значны ўрон вытворцам падобных альбо непасрэдна канкуруючых тавараў.

2. Калі ў ходзе гэтых кансультацый Дагаворныя Бакі аднадушна ўстанавяць, што падазненая ў пункце 1 сітуацыя мае месца, то ўвоз будзе абмежаваны ці будуць прыняты іншыя меры з мэтай прадухілення ці ліквідавання ўрону.

3. Калі Дагаворныя Бакі не прыдуць да згоды, то Дагаворны Бок, які падаў заяву аб правядзенні кансультацый, будзе мець права абмежаваць увоз адпаведных тавараў у той ступені, ці на

такі тэрмін, якія неабходны для прадухілення ці ліквідавання ўрону. Другі Дагаворны Бок у такім выпадку будзе мець права адступіць ад сваіх абавязкаў перад першым Дагаворным Бокам у паме-рах прыкладна эквівалентнага аб'ёму гандлю.

4. У выпадках, калі адтэрміноўка нанесла б значны ўрон, часовыя меры могуць быць прыняты без папярэдніх кансультацый. У гэтым выпадку Дагаворны Бок, які ўжыў гэтыя меры, неадкладна і пісьмова паведамляе аб гэтым другому Дагаворнаму Боку, пасля чаго кансультацыі павінны быць пачаты неадкладна.

5. Пры выбары мер у адпаведнасці з гэтым артыкулам Дагавор-ных Бакі будуць аддаваць перавагу мерапрыемствам, якія робяць найменшы негатыўны ўплыў на далейшае функцыяніраванне гэтага Па-гаднення.

#### Артыкул 9

Дагаворныя Бакі прызнаюць карыснасць і неабходнасць больш актыўнага ўдзелу малых і сярэдніх прадпрыемстваў у двухбаковых гандлёва-эканамічных сувязях.

#### Артыкул 10

1. Дагаворныя Бакі рэкамендуюць Суб'ектам вырашаць спрэчкі ў першую чаргу па-сяброўску пры ўзаемнай згодзе.

2. У рамках дзеючага ў дзяржавах Дагаворных Бакоў заканадаў-ства:

Дагаворныя Бакі заахвочваюць скарыстанне арбітражу для ўрэ-гулявання спрэчных пытанняў паміж Суб'ектамі абодвух Дагаворных Бакоў, звязаных з гандлёвымі і кааперацыйнымі здзелкамі, а такса-ма са здзелкамі, якія ўзнікаюць пры стварэнні сумесных прадпрыем-стваў і ажыццяўленні прамых капіталаўкладанняў;

Дагаворныя Бакі заахвочваюць прымяненне арбітражных правіл, распрацаваных Камісіяй Арганізацыі Аб'яднаных Нацый па праву міжнароднага гандлю (ЮНСІТРАЛ), і прыцягненне арбітражу адной з дзяржаў - удзельніц Канвенцыі аб прызнанні і выкананні замеж-ных арбітражных рашэнняў (Нью-Йорк, 1958г.).

## Артыкул II

Пасля спынення дзеяння дадзенага Пагаднення поўнасю або часткова яго палажэнні будуць прымяняцца да ўсіх заключаных Суб'ектамі кантрактаў, абавязацельствы па якіх узніклі ў перыяд яго дзеяння і не выкананы да моманту спынення або змянення Пагаднення.

## Артыкул I2

1. Дадзеным Пагадненнем ствараецца змешаная камісія, якая будзе збірацца па жаданню аднаго з Дагаворных Бакоў па чарзе ў Рэспубліцы Аўстрыя і Рэспубліцы Беларусь.

2. У задачы гэтай змешанай камісіі будзе ўваходзіць:  
аналіз развіцця двухбаковых гандлёвых і эканамічных сувязей;  
вызначэнне новых перспектыву супрацоўніцтва, а таксама шляхоў іх рэалізацыі;

распрацоўка прапанову па паляпшэнню ўмоў эканамічнага, прамысловага, тэхнічнага і навукова-тэхнічнага супрацоўніцтва паміж Суб'ектамі абодвух Бакоў.

## Артыкул I3

Са дня сапраўднага ўдзелу аднаго Дагаворнага Боку альбо абодвух Дагаворных Бакоў у Еўрапейскай Эканамічнай Прасторы (ЕЭП) або ўваходжання ў Еўрапейскае Супольніцтва альбо арганізацыі, якія будуць іх правапераемнікамі, Дагаворныя Бакі не будуць звязаны гэтым Пагадненнем у той частцы, якая будзе несумяшчальнай з іх статусам членаў зазначаных у гэтым артыкуле арганізацыі.

2. У такім выпадку Дагаворныя Бакі сумесна вызначаць тыя палажэнні гэтага Пагаднення, якія будуць дзейнічаць у далейшым.

## Артыкул I4

1. Дадзенае Пагадненне заключаецца тэрмінам на адзін год і аўтаматычна прадаўжаецца на кожны наступны год, калі адзін з Бакоў за тры месяцы да заканчэння тэрміну яго дзеяння не паведаміць

пісьмова па дыпламатычных каналах другому Боку аб сваім намеры скасаваць яго.

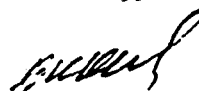
2. Гэта Пагадненне ўвойдзе ў сілу ў першы дзень трэцяга месяца, што настане за месяцам, у якім Дагаворныя Бакі паведамяць адзін аднаму шляхам абмену нотамі, што іх адпаведныя ўнутрыдзяржаўныя працэдурны, прадугледжаныя заканадаўствам, дзеючым ў краінах Дагаворных Бакоў адносна ўваходжання ў сілу дадзенага Пагаднення, выкананы.

Учынена ў **ВЕНЕ**, 2. 10. 1992 у двух экзэмплярах, кожны на нямецкай і беларускай мовах, прычым абодва тэксты маюць аднолькавую сілу.

За Рэспубліку  
Аўстрыя:



За Рэспубліку  
Беларусь:



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT<sup>1</sup> BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE  
REPUBLIC OF BELARUS ON BILATERAL TRADE AND ECO-  
NOMIC RELATIONS

The Republic of Austria and the Republic of Belarus, hereinafter referred to as “the Contracting Parties”,

Desiring to strengthen existing bilateral foreign trade relations,

Seeking to promote the exchange of goods and economic, industrial, technical and scientific and technological cooperation on the basis of equality and mutual advantage,

Convinced that this Agreement on Bilateral Trade and Economic Relations will create favourable conditions and a lasting basis for the further development of bilateral foreign economic relations,

On the basis of market-economy principles,

In conformity with the law in force in the two States,

Have agreed as follows:

*Article 1*

The Contracting Parties shall, in conformity with the law in force in each State, facilitate and promote their bilateral foreign trade relations between enterprises, organizations, companies and institutions, hereinafter referred to as “enterprises”, of the two States.

*Article 2*

1. The Contracting Parties shall, to the extent possible and in conformity with the law in force in each State, promote economic, industrial, technical and scientific and technological cooperation.

2. The Contracting Parties agree that:

(a) There are good opportunities for cooperation, particularly in the following areas:

- Establishment of joint enterprises and direct investment in production, trade and services;
- Promotion of the transfer of technology and expansion of know-how, including applied research;
- Agriculture and forestry, the food industry and processing of agricultural products;
- Reconstruction, modernization, expansion and automation of existing facilities, including the conversion of the armaments industry;
- Metallurgy and the metalworking industry;

<sup>1</sup> Came into force on 1 November 1995 by notification, in accordance with article 14.

- Pharmaceutical, medical and chemical industries, including pesticides;
  - Production of building materials;
  - Worldwide marketing, including cooperation in third markets;
  - Financial and industrial services;
  - Energy and the joint prospecting, extraction, processing and marketing of petroleum, including in third States;
  - Professional training and training of managerial personnel;
  - Organization and holding of fairs, exhibitions and seminars, and the exchange of economic delegations and experts;
- (b) Projects shall in principle be carried out in keeping with the highest existing standards of environmental technologies.

#### *Article 3*

1. The Contracting Parties shall accord each other most-favoured-nation treatment in respect of customs and other duties and of the procedure for the determination of such customs and other duties as are levied on the occasion of the import or export of goods.

2. The Contracting Parties agree that the most-favoured-nation treatment shall in particular not apply to concessions, advantages or exemptions which either Contracting Party grants or will grant to:

- (a) Neighbouring States for the facilitation of border traffic;
- (b) States which are fellow members with it of a customs union or a free-trade or preferential-trade area which already exists or will be established in the future;
- (c) States members of the Commonwealth of Independent States or States of the former Union of Soviet Socialist Republics;
- (d) Third States in the application of multilateral agreements in which the other Contracting Party does not participate.

#### *Article 4*

The Contracting Parties agree that tourism can contribute to the intensification of bilateral foreign trade relations.

1. The two Contracting Parties shall promote tourism in conformity with the law in force in each State and on the basis of the recommendations of the United Nations Conference on International Travel and Tourism, held in Rome in 1963, and of the Tourism Bill of Rights and Tourist Code, adopted in Sofia in 1985.

2. Economic, industrial, technical and scientific and technological cooperation in tourism projects and in the further development of the relevant infrastructure shall be conducted in accordance with the principles of environmental protection and shall take into consideration the quality of tourism.

#### *Article 5*

Mindful of the need to create economically sound and environmentally safe infrastructure systems, the Contracting Parties shall devote the greatest attention to cooperation in the following fields:

- Railways;
- Shipping;
- Air travel;
- Telecommunications;
- Road construction;
- Water resource management.

#### *Article 6*

Payments shall be made in freely convertible currency in accordance with the currency regulations in force at the time in the two States.

#### *Article 7*

1. The exchange of goods and economic, industrial, technical and scientific and technological cooperation under this Agreement shall be conducted on a commercial basis.

2. Trade between enterprises of the two States shall be conducted at fair market prices, unless the enterprises agree otherwise.

3. In conformity with the law in force in each State, enterprises of the two Contracting Parties may, with a view to increasing the exchange of goods and broadening their variety, engage in any form of trade, such as barter and counter-trade, in accordance with international trade practices.

#### *Article 8*

1. The Contracting Parties shall enter into consultations as soon as any article is imported in trade between the Contracting Parties in such quantities, at such prices or on such terms which would cause or threatens to cause serious damage to domestic manufacturers of similar or directly competing goods.

2. When, as a result of such consultations, the Contracting Parties agree that a situation of the kind referred to in paragraph 1 exists, exports shall be restricted or other measures shall be taken to prevent or eliminate damage.

3. If the Contracting Parties are unable to reach agreement, the Contracting Party which requested the consultations shall be free to restrict the import of the article in question to the extent and for the duration necessary to prevent or eliminate damage. The other Contracting Party shall then be free to derogate from its obligations to the former Contracting Party in respect of a volume of trade of essentially equal value.

4. In cases in which delay would cause serious damage, provisional measures may be taken without prior consultations. In such case, the Contracting Party which took the provisional measures shall notify the other Contracting Party in writing without delay, after which consultations shall be held immediately.

5. In choosing measures pursuant to this article, the Contracting Parties shall give preference to measures which least impair the continued functioning of this Agreement.

### Article 9

The Contracting Parties recognize the usefulness and necessity of greater participation by small and medium-sized enterprises in bilateral foreign trade relations.

### Article 10

1. The Contracting Parties recommend that mutually agreed, amicable solutions should be the primary means of settling disputes between enterprises.

2. In conformity with the law in force in the two States:

- The Contracting Parties shall encourage the use of arbitral tribunals to settle disputes between enterprises of the Contracting Parties concerning trade and cooperation regulations and in connection with the establishment of joint enterprises and direct investments;
- The Contracting Parties shall promote the application of the Arbitration Rules prepared by the United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL)<sup>1</sup> and recourse to an arbitral tribunal of a State signatory to the Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards concluded in New York in 1958.<sup>2</sup>

### Article 11

The legal obligations assumed by enterprises of the two States during the period of validity of this Agreement shall not be affected by the expiry of this Agreement or its amendment in whole or in part.

### Article 12

1. A Joint Commission shall be established under this Agreement and shall meet alternately in Austria and Belarus at the request of either Contracting Party.

2. The tasks of the Joint Commission shall include, in particular:

- Review of the development of bilateral trade and economic relations;
- Development of new opportunities for, and promotion of, future economic cooperation;
- Preparation of proposals for the improvement of the conditions for economic, industrial, technical and scientific and technological cooperation between the enterprises of the two States.

### Article 13

1. In the event of the participation of one or both Contracting Parties in the European Economic Area (EEA) or of accession to the European Communities (EC) or a successor organization thereof, the Contracting Parties shall not be bound by this Agreement insofar as the latter is incompatible with the resulting legal situation.

2. In such case, the Contracting Parties shall jointly determine which provisions of this Agreement shall remain in force.

<sup>1</sup> United Nations, *Official Records of the General Assembly, Thirty-first Session, Supplement No. 17 (A/31/17)*, p. 34.

<sup>2</sup> United Nations, *Treaty Series*, vol. 330, p. 3.



*Article 14*

1. This Agreement is concluded for the period of one year and shall be extended for additional one-year periods unless one of the Contracting Parties terminates it in writing through the diplomatic channel three months prior to the expiry of current period of validity.

2. This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the Contracting Parties notify each other that their respective internal requirements for the entry into force of the Agreement have been met.

DONE at Vienna on 2 October 1992 in duplicate, each in the German and Belarusian languages, both texts being equally authentic.

For the Republic  
of Austria:

WOLFGANG SCHLÜSSEL

For the Republic  
of Belarus:

VYACHESLAV FRANTSEVICH KEBICH

---

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD<sup>1</sup> ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DU BÉLARUS SUR LES RELATIONS COMMERCIALES ET ÉCONOMIQUES BILATÉRALES

La République d'Autriche et la République du Bélarus, ci-après dénommées « les Parties contractantes »,

Animées du désir de renforcer les relations économiques extérieures bilatérales existantes,

S'efforçant de promouvoir les échanges commerciaux et la collaboration économique, industrielle, technique et technico-scientifique sur la base de l'égalité des droits et de l'avantage réciproque;

Convaincues que le présent Accord sur les relations commerciales et économiques bilatérales créera des conditions favorables et une base appropriée pour le développement ultérieur des relations économiques extérieures bilatérales,

S'appuyant sur les principes de l'économie de marché,

Dans le cadre des dispositions légales en vigueur dans les deux Etats,

Sont convenues de ce qui suit :

*Article premier*

Les Parties contractantes conviennent, dans le cadre des dispositions législatives en vigueur dans chaque Etat, de faciliter et de promouvoir les relations économiques extérieures bilatérales entre les entreprises, organisations, sociétés et institutions des deux Etats, ci-après dénommées « les entreprises ».

*Article 2*

1. Les Parties contractantes encourageront dans la mesure de leurs possibilités et conformément aux dispositions législatives en vigueur dans chaque Etat la collaboration économique, industrielle, technico-scientifique et technique.

2. Les Parties contractantes conviennent :

a) Qu'il existe de bonnes possibilités de coopération dans les domaines suivants :

- La création de coentreprises et les investissements directs dans les secteurs de la production, du commerce et des services;
- La promotion du transfert de technologie et du développement du savoir-faire, y compris de la recherche appliquée;
- L'agriculture et la foresterie, l'industrie alimentaire, la transformation des produits agricoles;
- Le rétablissement, la modernisation, le développement, l'automatisation des installations existantes, y compris la conversion du secteur des armements;

<sup>1</sup> Entré en vigueur le 1<sup>er</sup> novembre 1995 par notification, conformément à l'article 14.

- La métallurgie et l'industrie de transformation des métaux;
- L'industrie pharmaceutique, médicale et chimique, y compris le secteur phytosanitaire;
- La production de matériaux de construction;
- La commercialisation des produits sur le marché mondial y compris la collaboration sur les marchés tiers;
- Les services financiers et industriels;
- L'énergie et l'exploration, l'extraction, la transformation et la commercialisation du pétrole également dans les pays tiers;
- L'enseignement professionnel et l'enseignement de la gestion;
- L'organisation et la réalisation de foires, expositions, séminaires, échange de délégations commerciales et d'experts.

b) Que les projets seront en règle générale réalisés dans chaque cas selon les normes les plus avancées des technologies environnementales.

### Article 3

1. Les Parties contractantes s'accorderont mutuellement un traitement conforme au principe de la nation la plus favorisée en ce qui concerne les droits de douane et autres droits ainsi que les modalités de perception de ces droits de douane et autres droits, perçus à l'occasion de l'importation ou de l'exportation de marchandises.

2. Les Parties contractantes conviennent que le principe de la nation la plus favorisée ne s'applique pas aux facilités, avantages ou exonérations accordés ou devant être accordés par l'une des Parties contractantes :

a) A des Etats voisins en vue de faciliter le trafic frontalier,

b) A des Etats qui appartiennent avec cette Partie à une union douanière ou à une zone de libre échange ou d'échanges préférentiels déjà existante ou devant être ultérieurement créée,

c) A des Etats membres de la Communauté d'Etats indépendants ou à des Etats de l'ex-Union des Républiques socialistes soviétiques,

d) A des Etats tiers en application d'accords multilatéraux auxquels l'autre Partie contractante n'est pas partie.

### Article 4

Les Parties contractantes conviennent que le tourisme peut contribuer à renforcer les relations économiques extérieures bilatérales.

1. Dans le cadre des dispositions législatives en vigueur dans chaque Etat et sur la base des recommandations de la Conférence des Nations Unies sur le tourisme et les voyages internationaux (Rome, 1963) et de la « Charte du tourisme et Code du touriste » (Sofia 1985), les deux Parties contractantes encourageront le développement du tourisme.

2. La coopération économique, industrielle, technique et technico-scientifique dans le cadre de projets relatifs au tourisme ainsi qu'au cours de l'édification

de l'infrastructure correspondante doit s'effectuer selon les principes de la protection de l'environnement et de la qualité du tourisme.

#### *Article 5*

Les Parties contractantes, conscientes de la nécessité de la réalisation de systèmes d'infrastructure économiquement raisonnables et écologiquement sûrs, accorderont le plus grand intérêt à la coopération dans les domaines suivants :

- Chemins de fer;
- Navigation;
- Navigation aérienne;
- Télécommunications;
- Construction de routes;
- Gestion des ressources en eau.

#### *Article 6*

Les transferts de paiement s'effectuent en devises librement convertibles, conformément aux prescriptions en vigueur en matière de devises dans chaque Etat respectif.

#### *Article 7*

1. Les échanges de marchandises et la coopération économique, industrielle, technique et technico-scientifique dans le cadre du présent Accord s'effectuent sur une base commerciale.

2. Le commerce entre les entreprises des deux Etats s'effectue aux prix du marché, sauf si les entreprises conviennent de dispositions différentes.

3. Dans le cadre des dispositions légales en vigueur dans les deux Etats, les entreprises des deux Parties contractantes peuvent, en vue d'accroître et de diversifier les échanges de marchandises, commercer sous n'importe quelle forme, et recourir par exemple aux opérations de troc et de compensation, conformément aux usages du commerce international.

#### *Article 8*

1. Si dans le commerce entre les Parties contractantes, une marchandise est importée dans des quantités telles, à des prix tels ou à des conditions telles qu'il en résulte ou qu'il risque d'en résulter un préjudice grave pour un producteur national de marchandises de même nature ou directement concurrentes, les Parties contractantes procèdent immédiatement à des consultations.

2. Si, au cours de ces consultations, les Parties contractantes constatent d'un commun accord qu'il existe bien une situation prévue au premier paragraphe, les exportations seront limitées ou d'autres mesures seront prises pour assurer la prévention ou l'élimination du préjudice.

3. Si les Parties contractantes ne parviennent pas à un accord, la Partie contractante qui a demandé la consultation a le droit d'apporter des restrictions aux importations des marchandises en question, dans la mesure nécessaire et aussi longtemps qu'il le faudra pour assurer la prévention ou l'élimination du préjudice. L'autre Partie contractante a alors le droit de ne pas respecter ses obligations à

l'égard de la première Partie contractante, pour un volume d'échanges commerciaux de valeur sensiblement égale.

4. Dans les cas où un retard serait de nature à causer un dommage grave, des mesures provisoires peuvent être prises sans consultations préalables. Dans ce cas la Partie contractante qui a pris les mesures provisoires en informe sans retard et par écrit l'autre Partie contractante. Des consultations doivent être engagées ensuite immédiatement.

5. Dans le choix des mesures à prendre au titre du présent article les Parties contractantes donnent la préférence aux mesures qui portent le moins atteinte au fonctionnement ultérieur du présent Accord.

#### *Article 9*

Les Parties contractantes reconnaissent l'utilité et la nécessité d'une plus forte participation des petites et moyennes entreprises aux relations économiques extérieures bilatérales.

#### *Article 10*

1. Les Parties contractantes recommandent aux entreprises de recourir en premier lieu et d'un commun accord à des solutions amiables pour régler leurs différends.

2. Dans le cadre des dispositions légales en vigueur dans les deux Etats

- Les Parties contractantes favorisent le règlement par des tribunaux d'arbitrage de différends entre entreprises concernant les dispositions commerciales et les règles de coopération ainsi que la création de coentreprises et les investissements directs des Parties contractantes;
- Les Parties contractantes favorisent l'application des règles d'arbitrage élaborées par la Commission des Nations Unies pour l'arbitrage commercial (CNUDCI)<sup>1</sup> et la saisine d'un tribunal arbitral de l'un des Etats signataires de la Convention adoptée en 1958 à New York sur la reconnaissance et l'exécution des sentences arbitrales étrangères<sup>2</sup>.

#### *Article 11*

Une modification partielle ou totale du présent Accord ou l'expiration de sa validité n'ont aucun effet sur les obligations juridiques souscrites par les entreprises des deux Etats pendant la durée de validité du présent Accord.

#### *Article 12*

1. Aux termes du présent Accord, il est créé une Commission mixte qui se réunira alternativement à la demande de l'une des Parties contractantes en Autriche ou au Bélarus.

2. Les tâches de cette Commission mixte sont notamment les suivantes :

- Examen de l'évolution des relations commerciales et économiques bilatérales;

<sup>1</sup> Nations Unies, *Documents officiels de l'Assemblée générale, Trente-et-unième session, Supplément n° 17 (A/31/17)*, p. 36.

<sup>2</sup> Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 330, p. 3.

- Ouverture de nouvelles possibilités et encouragement de la coopération économique future;
- Etablissement de propositions visant à améliorer les conditions de la coopération économique, industrielle, technique et technico-scientifique entre les entreprises des deux Etats.

*Article 13*

1. En cas de participation de l'une des Parties contractantes ou des deux Parties à l'Espace économique européen (EEE) ou d'adhésion aux Communautés européennes (CE) ou à une organisation leur faisant suite, les Parties contractantes ne sont pas liées par le présent Accord dans la mesure où cela est incompatible avec la situation juridique qui en résulte.

2. Dans ce cas les Parties contractantes déterminent ensemble quelles dispositions du présent Accord restent en vigueur.

*Article 14*

1. Le présent Accord est conclu pour une durée d'un an et est automatiquement renouvelable pour une nouvelle année, si l'une des deux Parties contractantes ne l'a pas dénoncé par écrit, par la voie diplomatique, trois mois avant l'expiration de sa validité.

2. Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant le mois au cours duquel les Parties contractantes se seront notifié mutuellement que les formalités prévues par leur droit interne pour l'entrée en vigueur du présent Accord ont été accomplies.

FAIT à Vienne, le 2 octobre 1992, en deux exemplaires, en langues allemande et biélorusse, les deux textes faisant également foi.

Pour la République  
d'Autriche :

WOLFGANG SCHÜSSEL

Pour la République  
du Bélarus :

WJATCHESLAW FRANZEWITSCH KEBITSCH

---